

07/2016

EUROPEAN TRADE UNION COMMITTEE FOR EDUCATION
COMITE SYNDICAL EUROPEEN DE L'EDUCATION

**Gemeinsame Praxisleitlinien für die
Förderung gemeinsamer Initiativen der
Sozialpartner auf europäischer,
regionaler und lokaler Ebene zur
Prävention und Bekämpfung
psychosozialer Risiken im
Bildungswesen**

**Sozialpartner zur Förderung angemessener
Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes
Berufsleben**



Also available in English:

“Joint practical guidelines on how to promote joint social partner initiatives at European, Regional and Local level to prevent and combat psychosocial hazards in education”

Egalement disponible en français:

«Lignes directrices pratiques et communes visant à promouvoir des initiatives conjointes des partenaires sociaux aux niveaux européen, national, régional et local, dans le but de prévenir et de combattre les risques psychosociaux dans l'éducation »

También disponible en español:

«Directrices prácticas conjuntas sobre cómo promover iniciativas conjuntas de los interlocutores sociales a nivel local, regional y europeo para prevenir y combatir los riesgos psicosociales en la educación»

Saatavilla myös suomeksi:

«Yhteiset käytännön ohjeet miten edistää työmarkkinaosapuolten yhteisiä aloitteita Euroopan laajuisesti sekä kansallisella, alueellisella ja paikallisella tasolla psykososiaalisten riskien estämiseksi ja torjumiseksi opetusalla»

De asemenea, este disponibil în limba română:

«Orientări practice comune privind modul de promovare al inițiativelor comune ale partenerilor sociali la nivel european, național, regional și local pentru prevenirea și combaterea pericolelor psihosociale în sectorul educație»

также доступен на русском языке:

«Совместные практические руководящие принципы по продвижению совместных инициатив социальных партнеров на европейском, региональном и местном уровнях для предотвращения и борьбы с психосоциальными рисками в секторе образования»

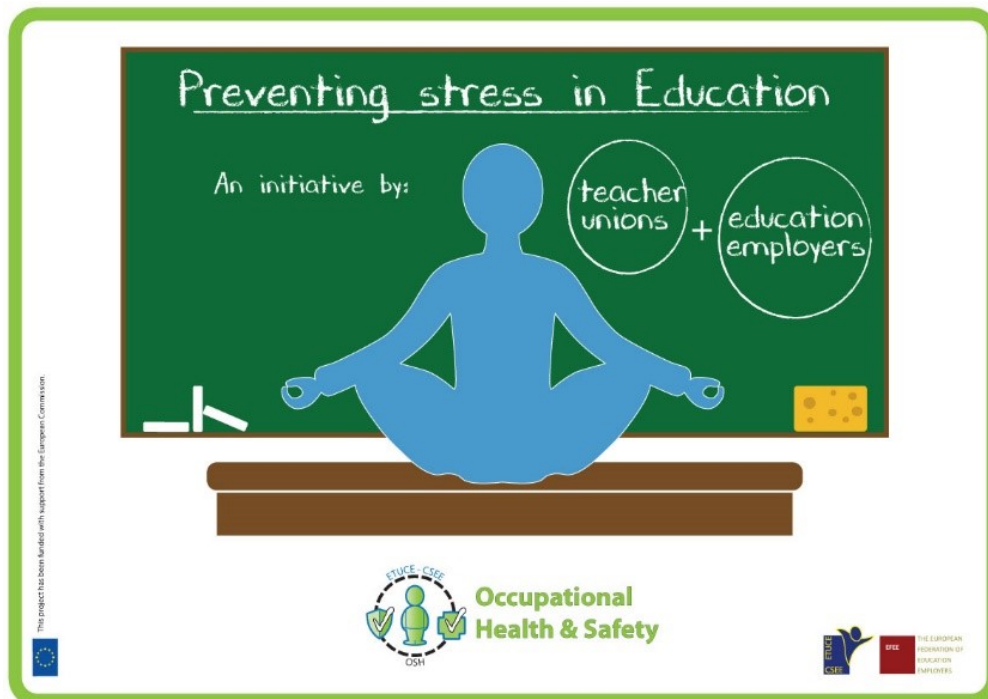
Die vollständige oder teilweise Vervielfältigung dieser Veröffentlichung ist ohne Genehmigung gestattet. Allerdings müssen das ETUCE als Herausgeber genannt und Exemplare an das Sekretariat des ETUCE geschickt werden.

Herausgegeben vom Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (ETUCE) - Brüssel 2016



„Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Informationen.“

1	Allgemeines zum Projekt	5
1.1	Ziele des Projekts	5
1.2	Methodik	5
1.3	Beratungsgruppe	5
2	Projektaktivitäten	6
2.1	Online-Befragung	7
2.2	Fallstudien	8
2.2.1	Belgien	8
2.2.2	Finnland	8
2.2.3	Deutschland	9
2.2.4	Rumänien	9
2.3	Schulungsseminare	9
2.4	Abschlusskonferenz	10
3	Gemeinsame Praxisleitlinien	12
3.1	Einleitung	12
3.2	Definition	13
3.3	Ziel	14
3.4	Empfehlungen – Los geht’s	15
4	Abkürzungen	19
5	Publikationen und Berichte	20



1 Allgemeines zum Projekt

Als Teil des gemeinsamen Arbeitsprogramms 2014-2015 von ETUCE und EFEE im Rahmen des Europäischen Sozialen Dialogs im Bereich Bildung und entsprechend den Prioritäten des Strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 haben ETUCE und EFEE in Kooperation das Projekt „Sozialpartner zur Förderung angemessener Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Berufsleben“ ins Leben gerufen, das von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt wird.

In diesem Projekt haben ETUCE und EFEE nach konkreten und praktischen Verfahren zur Prävention psychosozialer Risiken und zur Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress gesucht. Das Ergebnis dieses Projekts sind gemeinsame Praxisleitlinien für Gewerkschaften und Arbeitgeber im Bildungssektor zur Förderung von Initiativen der Sozialpartner auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene mit dem Ziel, psychosoziale Risiken im Bildungswesen zu verhindern und zu bekämpfen.

1.1 Ziele des Projekts

Das wichtigste Ziel dieses von der EU geförderten Projekts war es, praktische und konkrete Leitlinien zu entwickeln, mit deren Hilfe gesunde Arbeitsplätze im Bildungssektor gefördert und psychosoziale Risiken wie arbeitsbedingter Stress minimiert und beseitigt werden können. Vor allem soll das Projekt Initiativen der Sozialpartner auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene fördern, die sich für gesunde und sichere Arbeitsplätze einsetzen. Damit wird auch betont, dass die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern des Bildungssektors notwendig ist, um diese Probleme lösen zu können. Mit diesen Leitlinien und durch die Entwicklung konkreter Strategien und Maßnahmen möchten ETUCE und EFEE die Sozialpartner im Bildungssektor und deren Mitgliedsverbände dabei unterstützen, bei allen relevanten Entscheidungsträgern ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Bildungsinstitutionen sind.

1.2 Methodik

Das Projekt wurde von der Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FFAW) und vom Spanischen Gewerkschaftsinstitut für Arbeit, Umwelt und Gesundheit (ISTAS) wissenschaftlich betreut. Daten über bewährte Verfahren zur Prävention von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress wurden mit Hilfe einer Online-Befragung und mit Fallstudien in vier Ländern (Rumänien, Finnland, Belgien und Deutschland) erhoben.

1.3 Beratungsgruppe

Die Beratungsgruppe war gemeinsam mit dem ETUCE-Sekretariat für Planung und Organisation aller Projektaktivitäten verantwortlich. Diese Beratungsgruppe bestand aus vier Mitgliedern der nationalen Bildungsgewerkschaften und zwei Mitgliedern von nationalen Arbeitgeberverbänden. Um einen europäischen Erfahrungsaustausch mit unterschiedlichen Szenarien bei Gesundheit und Sicherheit an Arbeitsplätzen im Bildungsbereich zu sichern,

wurden die Mitglieder mit breiter geografischer Streuung ausgewählt. Die Mitglieder der Beratungsgruppe kamen aus Finnland (Tari Aho, AFIEE), dem Vereinigten Königreich (Sarah Lyons, NUT), Deutschland (Ute Foit, VBE), Belgien (Stéphane Vanoirbeck, SEGEC), Spanien (Patrizio Pérez, FECCOO) und Rumänien (Alexandra Cornea, FSLE).



Die Beratungsgruppe (Alexandra Cornea, FSLE, Rumänien; Ute Foit, VBE, Deutschland; Stéphane Vanoirbeck, SEGEC, Belgien; Sarah Lyons, NUT, Vereinigtes Königreich, Patricio Pérez, FECCOO, Spanien; Tari Aho, AFIEE, Finnland)

Die Mitglieder der Beratungsgruppe unterstützten das Projekt mit ihrem Sachwissen und ihrer Erfahrung bei der Prävention psychosozialer Risiken und der Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress. Gemeinsam mit dem ETUCE-Sekretariat, Hans-Joachim Lincke (FFAW, Deutschland), Matthias Nübling (FFAW, Deutschland), Clara Llorens (ISTAS, Spanien) und Salvador Moncada (ISTAS, Spanien) entwickelten sie einen Online-Fragebogen, planten die Fallstudien und Interviews und entwarfen und überarbeiteten die gemeinsamen Praxisleitlinien.

2 Projektaktivitäten

Im Verlauf des Projekts fanden vier Hauptaktivitäten statt. Zunächst wurde eine Online-Befragung unter den Mitgliedsorganisationen von ETUCE und EFEE durchgeführt. Zweitens wurden anhand von Fallstudien in vier Ländern (Finnland, Rumänien, Deutschland und Belgien) bewährte Initiativen zur Prävention von psychosozialen Risiken im Bildungswesen identifiziert. Drittens wurden zwei Schulungsseminare veranstaltet, auf denen die vorläufigen Ergebnisse der Online-Befragung und der Fallstudien vorgestellt und die gemeinsamen Praxisleitlinien besprochen wurden. Schließlich wurden die gemeinsamen Praxisleitlinien auf der Abschlusskonferenz in Bukarest zur Förderung von Initiativen der Sozialpartner auf



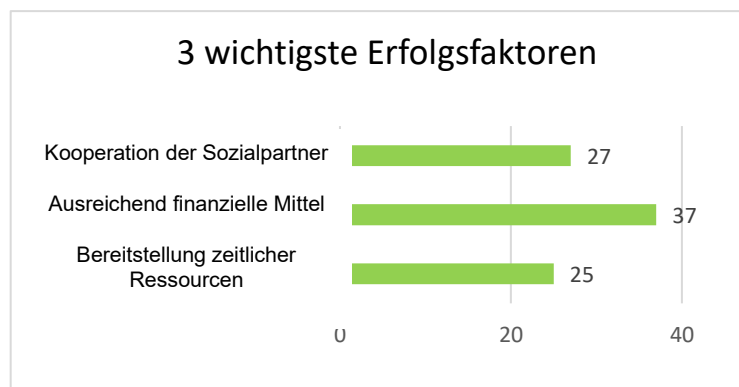
Europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene erneut diskutiert, überarbeitet und verabschiedet.

2.1 Online-Befragung

Mit Hilfe der Online-Befragung sollten Daten über geltende Rechtsvorschriften im Bereich Arbeitsschutz, sowie zu Vereinbarungen und Maßnahmen der Sozialpartner und Maßnahmen auf Schulebene erhoben werden, die der Prävention von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress dienen. Im April 2015 wurde die Befragung an alle Mitgliedsorganisation von ETUCE und EFEE weitergeleitet. 55 Mitgliedsorganisationen aus 28 Ländern nahmen an der Befragung teil, wobei 36 Teilnehmer ETUCE und 19 Teilnehmer EFEE angehörten. Dies entspricht einer allgemeinen Teilnahmequote von 34 % aller Mitgliedsverbände von ETUCE und EFEE.

Die Ergebnisse zeigen, dass in der Studie Vertreterinnen und Vertreter von Bildungsgewerkschaften und Arbeitgebern unterschiedlicher Schulformen und Bildungsstufen vertreten sind. Die folgenden Initiativen und Maßnahmen wurden in der Befragung am häufigsten genannt und als besonders erfolgversprechend eingeschätzt: „Organisation von Arbeitsschutz in Bildungsinstitutionen“ (60 %), „Bekämpfung von Mobbing und Belästigung unter Schülern“ (57 %), „bessere Führungsqualität und Feedback“ (55 %) und „mehr Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung“ (51 %).

Außerdem nannten die Mitgliedsorganisation von ETUCE und EFEE Zeitmangel und fehlende finanzielle Mittel als Hauptgründe, warum Initiativen und Maßnahmen zur Prävention von arbeitsbedingtem Stress scheitern oder nicht stattfinden. Als weiteren wichtigen Erfolgsfaktor nannten die Befragungsteilnehmer eine enge Zusammenarbeit der Sozialpartner.



Zudem zeigte die Befragung, dass die Mitglieder von EFEE und ETUCE die Aktionen und Initiativen ihres eigenen Verbands wesentlich besser kennen und für erfolgreicher halten, als die Maßnahmen des jeweils anderen Sozialpartners. Obwohl die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass sich beide Sozialpartner aktiv für Arbeitsschutz im Bildungssektor einsetzen, gehen die am häufigsten genannten Aktionen und Maßnahmen entweder von einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband aus.

Gemeinsame Initiativen beider Sozialpartner, die genannt wurden, konzentrieren sich auf den Kampf gegen Gewalt, die berufliche Weiterbildung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Die erfolgreichsten Initiativen, die von Bildungsgewerkschaften und Arbeitgebern im Bereich sozialpartnerlicher Initiativen genannt wurden, betrafen jedoch die

Schaffung sicherer Arbeitsplätze und die Erfassung von Daten über arbeitsbedingten Stress mit Hilfe von Befragungen oder Risikoabschätzungen.

2.2 Fallstudien

Bei den vier Fallstudien¹ in Belgien, Deutschland, Rumänien und Finnland wurden insgesamt 85 Personen in halbstrukturierten Einzel- und Gruppeninterviews befragt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (25 aus Belgien, 16 aus Finnland, 19 aus Deutschland und 25 aus Rumänien) wurden gefragt, welche Stressfaktoren sie sehen und wie arbeitsbedingter Stress und psychosoziale Risiken im Bildungswesen vermieden werden können. Befragt wurden Lehrkräfte und Schulleitungen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Bildungs- und Arbeitsministerien und Bildungsträgern.

2.2.1 Belgien



In belgischen Sekundarschulen gilt die hohe Abbrecherquote von Berufseinsteigern bei Lehrkräften als großes Problem, das mit arbeitsbedingtem Stress und der mangelhaften Prävention von psychosozialen Risiken in Verbindung steht. Zu den wichtigsten Stressfaktoren für junge belgische Lehrerinnen und Lehrer zählen Einstellungsbedingungen, die zu unsicheren und befristeten Beschäftigungsverhältnissen führen, eine hohe Arbeitsbelastung und die Kluft zwischen Ausbildung und Berufsalltag von Lehrkräften. Die befragten Schulvertreterinnen und Vertreter gaben an, dass die Minimierung psychosozialer Risiken erst seit Kurzem auf der Agenda im Bereich Arbeitsschutz steht. Sowohl das Vrij Technisch Instituut Aalst als auch das Institut Saint-Joseph Ciney haben Mentoren-Programme entwickelt, mit denen die Lücke zwischen der ursprünglichen Lehrerausbildung und dem Schulalltag geschlossen werden soll. Diese Programme vermitteln vor allem pädagogische Methoden und sollen die Lehrerinnen und Lehrer für die Praxis ihres Berufs fit machen.

2.2.2 Finnland

Eltern und Schüler stellen an finnische Lehrkräfte und Schulleitungen hohe quantitative, emotionale und kognitive Anforderungen und erwarten außerdem immer mehr Engagement. Zu den Gründen gehören unter anderem längere Schulwege und der Einsatz von E-Mails und anderen Online-Kanälen im Bildungswesen. Auf nationaler Ebene werden die folgenden Ansätze verfolgt: Entwicklung von Informations- und breit angelegten Schulungskampagnen durch die Sozialpartner und Hilfe von Schulträgern für Schulen bei der Verbreitung erfolgreicher Organisations- und Innovationsmodelle. Zu den bewährten Verfahren auf Schulebene gehören: kollegiale und kooperative Führungsmodelle, die Integration der

¹ Die Berichte über die vier Fallstudien sind auf der Website des ETUCE verfügbar: [Rumänien Finnland Deutschland Belgien](#)

Prävention psychosozialer Risiken in den Schulalltag und Regeln für die Nutzung von IKT und die Beantwortung von E-Mails.

2.2.3 Deutschland

Die deutsche Fallstudie hat gezeigt, dass durch die jüngsten Schulreformen und die damit verbundenen Projekte hohe quantitative Anforderungen gestellt werden was dazu führt, dass Lehrkräfte „zu wenig Zeit für den Unterricht“ haben und Arbeit und Privatleben nur schlecht vereinbaren können. Im Bundesland Nordrhein-Westfalen werden psychosoziale Risiken



systematisch analysiert, um Schulen bei der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen zu unterstützen. Als Beispiel für solche Präventionsmaßnahmen wurden Weiterbildungsangebote zur Stressbewältigung und zur Abschaffung von Stressfaktoren auf organisatorischer Ebene und durch individuelle Verhaltensänderungen genannt. Außerdem bieten spezielle Programme, wie z. B. das Programm „Bildung und Gesundheit“ Mittel und Weiterbildungskurse für Schulen an, mit denen diese zu „gesunden“ Schulen werden können. Auf lokaler Ebene wiesen die Interviewpartner auf eine Veränderung der Lehrerrolle hin: Lehrerinnen und Lehrer werden inzwischen verstärkt als Mitglieder eines Teams wahrgenommen und nicht mehr als isolierte Einzelkämpfer im Klassenzimmer. Diese Veränderung führt zu einer klaren Aufgabenteilung zwischen Lehrkräften, Schulleitung und sonstigem Schulpersonal.

2.2.4 Rumänien

In der rumänischen Fallstudie nannten alle Befragten einstimmig die hohe Arbeitsbelastung und geringe Gehälter als mögliche psychosoziale Risiken im Bildungssystem des Landes. Gründe für die hohe Arbeitsbelastung sind die überproportional hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern pro Lehrkraft, eine übertriebene Bürokratie, die viel Arbeitszeit kostet; sowie ein aufgeblähter Lehrplan mit vielen Pflichtprüfungen. Um die Arbeitsbelastung von Lehrkräften zu senken, einigte sich die rumänische Regierung mit den Bildungsgewerkschaften im Jahr 2014 darauf, mehr Lehrkräfte einzustellen. Auf Schulebene wurden partizipative Arbeitsteams, die ihre Unterrichtsmaterialien austauschen, Arbeitspläne erstellen und Aufgaben gleichmäßig verteilen, Mentoren-Programme zur Unterstützung von Berufseinsteigern sowie die Berücksichtigung von Klassengrößen bei der Erstellung der Arbeitspläne als bewährte Verfahren genannt.

2.3 Schulungsseminare

An den Seminaren² nahmen Vertreterinnen und Vertreter von 40 Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeberverbänden teil. Ihr Ziel war es zu untersuchen, welche Maßnahmen und Initiativen die Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bildungssektor gemeinsam entwickeln können, um psychosoziale Risiken und arbeitsbedingten Stress in

² Die Berichte über die Seminare sind auf der Website des ETUCE verfügbar:

[Bericht zum ersten Schulungsseminar in Madrid](#)

[Bericht zum zweiten Schulungsseminar in London](#)

Bildungseinrichtungen abzubauen. Es fanden zwei Seminare statt, in denen die bewährten Verfahren analysiert wurden, die auf der Grundlage der vorläufigen Ergebnisse der Online-Befragung in der Fallstudien ermittelt worden waren. Außerdem hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, ihre eigenen Erfahrungen und ihr Fachwissen zur Prävention von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress im Bildungssektor einzubringen. Schließlich wurden in den Seminaren auch Ideen für die gemeinsamen Praxisleitlinien zur Prävention von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress ausgetauscht und diskutiert.



2.4 Abschlusskonferenz



Die Abschlusskonferenz fand am 9. und 10. Juni 2016 in Bukarest statt. Vor 70 Vertreterinnen und Vertretern von Mitgliedsorganisation von EFEE und ETUCE aus EU- und Bewerberländern sowie EFTA-Ländern wurden die Ergebnisse des Projekts präsentiert und die gemeinsamen Leitlinien diskutiert und überarbeitet.

Prof. (em.) Dr. Bernhard Sieland von der Leuphana Universität Lüneburg stellte bewährte Verfahren und Daten zu nationalen, lokalen und individuellen Präventionsmaßnahmen gegen psychosoziale Risiken im Bildungswesen vor. Dabei betonte er die Bedeutung eines gesunden Arbeitsumfelds für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler. Tim Tregenza, Netzwerk-Manager bei der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) erläuterte die Ziele des Europäischen Strategierahmens 2014-2020 und stellte die Ergebnisse der Europäischen Unternehmenserhebung über neue und aufkommende Risiken (ESENER) vor, die 2014 zum zweiten Mal durchgeführt worden war. Dr. Hans-Joachim Lincke, Forscher bei der Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften (FFAW) präsentierte den Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmern die Ergebnisse des Projekts. Stefaan Ceuppens, Referent für den Sozialen Dialog bei der GD Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission sprach über die Bedeutung des Europäischen Sozialen Dialogs für die Förderung von sicheren und gesunden Arbeitsplätzen. Wouter Massink, Produzent des Projektfilms stellte seinen Kurzfilm über das Projekt erstmals dem Publikum vor. Der Film zeigt bewährte Verfahren, mit denen Schulen mit unterschiedlichen Voraussetzungen psychosoziale Risiken im Bildungssektor vermindern und vermeiden.

In drei kleineren Gruppen diskutierten Vertreter von Bildungsgewerkschaften und Arbeitgebern den Entwurf der gemeinsamen Praxisleitlinien. In der ersten Arbeitsgruppe konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Leitlinien kritisieren und Änderungen vorschlagen. Die zweite Arbeitsgruppe diskutierte die praktische Umsetzung der Leitlinien.

Die Ergebnisse der Diskussionen und Arbeitsgruppen führten schließlich zur Verabschiedung der gemeinsamen Praxisleitlinien zur *„Förderung von Initiativen der Sozialpartner auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene mit dem Ziel, psychosoziale Risiken im Bildungswesen zu vermeiden und zu bekämpfen“*. Diese Leitlinien werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.

3 Gemeinsame Praxisleitlinien

Förderung gemeinsamer Initiativen der Sozialpartner auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Prävention und Bekämpfung psychosozialer Risiken im Bildungswesen

Förderung guter Arbeitsbedingungen im Bildungswesen für ein gesünderes Berufsleben

3.1 Einleitung

Gesunde und sichere Arbeitsplätze im Bildungssektor bilden die Voraussetzung für eine hochwertige Bildung. Arbeitsbedingter Stress und psychosoziale Risiken gefährden die Gesundheit und stellen eine große finanzielle Belastung für den Einzelnen sowie für Organisationen und Gesellschaften dar. Aus diesem Grund wollte dieses gemeinsame Projekt Initiativen der Sozialpartner anregen, mit denen gute Arbeitsbedingungen im Bildungswesen für ein gesünderes Arbeitsleben gefördert werden können. Das Projekt hat dazu beigetragen, konkrete und praktische Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress in der Bildung zu identifizieren, wobei der Schwerpunkt auf gemeinsamen Initiativen der Sozialpartner lag. Die Leitlinien sollen die Umsetzung der Aktionspläne und politischen Strategien der Sozialpartner im Bildungssektor, des Strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 sowie der Richtlinie 89/391/EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bildungssektor erleichtern. Zu diesem Zweck fanden am 11. Dezember 2015 in Madrid und am 29. Januar 2016 in London Schulungsseminare statt, in denen die Ergebnisse der Fallstudien in den vier Schwerpunktländern und einer Online-Befragung der Mitgliedsorganisationen von ETUCE und EFEE vorgestellt wurden³.

Diese Praxisleitlinien wurden im Rahmen des Projekts „Sozialpartner zur Förderung angemessener Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Berufsleben“ entwickelt. Sie wurden anhand von Projektaktivitäten erarbeitet (eine Online-Befragung der Mitgliedsorganisationen von ETUCE und EFEE, Interviews mit Pädagoginnen und Pädagogen und Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner in acht Fallstudien in Belgien, Finnland, Deutschland und Rumänien sowie zwei regionale Schulungsseminare), zu denen die Mitgliedsorganisationen von ETUCE und EFEE (Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeber auf allen Bildungsebenen) aktiv beigetragen haben. Die Empfehlungen wenden sich in erster Linie an Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im europäischen Bildungssektor sowie deren Partner und konzentrieren sich auf die Förderung gemeinsamer Initiativen der Sozialpartner

³ Die bewährten Verfahren werden hier: <http://www.csee-etuice.org/en/policy-issues/teachers-health-and-safety/work-related-stress/865-work-related-stress> und hier vorgestellt: <http://educationemployers.eu/our-social-dialogue-activities/>

auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Prävention und Bekämpfung psychosozialer Risiken im Bildungswesen.

Dabei setzen diese Leitlinien auch die Arbeit fort, die ETUCE und EFEE im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Pädagoginnen und Pädagogen und Schulleitungen leisten, z. B. im Rahmen des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bereich Bildung (ESSDE) und im Falle von ETUCE als Partner bei der Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze - den Stress managen“ der EU-OSHA. In den letzten Jahren haben die Sozialpartner erfolgreich mehrere Projekte in diesem Bereich durchgeführt, z. B. zum arbeitsbedingten Stress und Gewalt im Lehreralltag, aber auch zu Themen des sozialen Dialogs, z. B. Einstellung und Bindung des Personals im Bildungswesen. Mit diesen Leitlinien erkennen ETUCE und EFEE an, dass sie ihr Engagement für gesunde und sichere Arbeitsplätze im Bildungswesen weiter verstärken und die Umsetzung der Rahmenvereinbarungen der europäischen Sozialpartner zur Prävention von arbeitsbedingtem Stress und von Gewalt und Mobbing auf nationaler Ebene auch in Zukunft unterstützen müssen.

Die Leitlinien orientieren sich an den Prioritäten, die die EU in ihrem Strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 festgelegt hat, insbesondere was die Empfehlung betrifft, die Umsetzung nationaler Arbeitsschutzstrategien sowie die Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften in Absprache mit den Sozialpartnern zu prüfen und Lösungen für die Probleme, welche durch den demographischen Wandel und die Alterung der Erwerbstätigen auftreten, zu suchen. Außerdem tragen sie zu den Beschäftigungs- und Sozialpolitikzielen der EU bei, die in der Strategie Europa 2020 und deren Leitinitiativen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum festgehalten sind.

3.2 Definition

ETUCE und EFEE sind der Ansicht, dass Bildungsinstitutionen ein sicheres und gesundes Umfeld bieten sollten, das ein erfolgreiches Unterrichten und Lernen fördert. Bildungsinstitutionen auf allen Bildungsebenen, die Pädagoginnen und Pädagogen und andere Fachkräfte im Bildungsbereich (Vorschule, Grund- und Sekundarschule, berufliche Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Hochschulbildung und Forschung) beschäftigen, sind die Arbeitsplätze von Schulleitungen, Lehrkräften und anderem Bildungspersonal, jedoch vor allem sind sie Bildungseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler. Deshalb soll eine Atmosphäre gefördert werden, in der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und andere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer positiven, gesunden und sicheren Umgebung lernen und arbeiten können.

Nach Erkenntnissen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) entstehen psychosoziale Risiken durch unzulängliche Arbeitsgestaltung und -organisation und mangelndes Arbeitsmanagement sowie durch einen ungünstigen sozialen Kontext der Arbeit; sie können sich psychisch, körperlich und sozial negativ auswirken und u. a. zu arbeitsbedingtem Stress, Burnout und Depression führen. Es ist wichtig, psychosoziale Risiken wie übermäßige Arbeitslast nicht mit Bedingungen zu verwechseln, die durchaus leistungsstimulierend und anspruchsvoll sein können, aber in ein unterstützendes Arbeitsumfeld eingebunden sind, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut ausgebildet und motiviert werden, ihren Fähigkeiten entsprechend optimale Leistungen zu erbringen. Eine günstige psychosoziale Umgebung fördert die Leistungsfähigkeit und persönliche Entwicklung sowie das psychische und physische Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben Stress, wenn die Anforderungen ihres Arbeitsplatzes ihre Leistungsfähigkeit übersteigen. Anhaltender Stress kann bei ihnen nicht nur psychische Probleme, sondern auch ernste körperliche Gesundheitsprobleme wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Muskel-Skelett-Erkrankungen begünstigen.

Zu den negativen Folgen für die jeweilige Institution gehören eine insgesamt schlechte (Arbeits-) Leistung, ein hoher Krankenstand und Präsentismus (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die trotz Erkrankung zur Arbeit gehen und dann keine volle Leistung bringen) und ein erhöhte Unfall- und Verletzungsgefahr. Stressbedingte Fehlzeiten sind in der Regel länger als solche, die auf andere Ursachen zurückzuführen sind, und arbeitsbedingter Stress kann zu einer Zunahme der Frühverrentungen führen. Für die Unternehmen und die Gesellschaft sind damit hohe Kosten verbunden, die Schätzungen zufolge auf einzelstaatlicher Ebene in die Milliarden Euro gehen.

Dieses Dokument spiegelt die Arbeit von ETUCE, EFEE und deren Mitgliedsorganisationen für angemessene Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Arbeitsleben wider, und soll weitere Maßnahmen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene ermöglichen.

Um einen nachhaltigen Wandel zu bewirken, der die Institutionen im Bildungsbereich langfristig beeinflusst, sollten bereits ab der frühkindlichen Bildung und unter Einbeziehung aller Akteure im Bildungswesen, d. h. der Sozialpartner, Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern, Schritte unternommen werden, die unsere Grundwerte (z. B. gegenseitiger Respekt, Demokratie und Bürgersinn) in der Schule deutlich machen und stärken. Wir brauchen effiziente und zielgerichtete Investitionen in die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung auf allen Ebenen, um gesunde und sichere Bildungsinstitutionen zu schaffen, die eine hochwertige Bildung vermitteln.

3.3 Ziel

Diese Praxisleitlinien möchten Schulbehörden, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften des europäischen Bildungssektors und deren Partnern konkrete Empfehlungen an die Hand geben, wie sie mit Hilfe gemeinsamer Initiativen der Sozialpartner auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Prävention und Bekämpfung psychosozialer Risiken im Bildungswesen gute Arbeitsbedingungen im Bildungswesen für ein gesünderes Arbeitsleben

fördern können. Außerdem möchten sie die Sozialpartner im Bildungssektor und deren Mitglieder dabei unterstützen, konkrete Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen bei allen relevanten Akteuren, einschließlich europäischer Entscheidungsträger im Bildungsbereich das Bewusstsein dafür geschärft werden kann, wie wichtig gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Bildungsinstitutionen sind. Im Wesentlichen sollen diese Leitlinien Schulbehörden sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften des Bildungssektors dabei unterstützen, angemessene und hochwertige Arbeitsbedingungen im Bildungssektor zu schaffen und zu erhalten, um letzten Endes gute Bildung zu ermöglichen.

Dabei werden mit den Leitlinien keine „Universalmethoden“ präsentiert, sondern Werkzeuge, die an die nationalen Bedingungen des Arbeitsschutzes, und sogar an die individuellen Umstände jedes einzelnen Arbeitsplatzes angepasst werden können und sollen.

3.4 Empfehlungen – Los geht's

Die Empfehlungen enthalten konkrete Handlungsaufforderungen für drei wichtige Ebenen (europäische, nationale und Schulebene).

Auf europäischer Ebene sollten die Sozialpartner im Bildungswesen

- das Bewusstsein der Sozialpartner und Bildungsakteure auf europäischer und nationaler Ebene dafür schärfen, dass Investitionen in Gesundheit und Wohlbefinden der Arbeitskräfte im Bildungsbereich sich unmittelbar in einer höheren Bildungsqualität niederschlagen und die gewaltigen Kosten senken, die durch Leistungseinbußen, Krankschreibungen und langfristige Gesundheitsprobleme des Personals entstehen;
- die Organisationen der Sozialpartner im Bildungssektor auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene dazu ermutigen, sich im sozialen Dialog und bei Tarifvereinbarungen proaktiv für Themen einzusetzen, die Prävention und Bekämpfung psychosozialer Risiken betreffen;
- gegen die Stigmatisierung von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress ankämpfen und Zweifelnde davon überzeugen, dass diese Probleme nicht beim Einzelnen entstehen, sondern mit dem Arbeitsumfeld und der Organisation der Arbeit zusammenhängen;
- im Kontext längerer Erwerbsleben die Bedeutung von Stressmanagement im gesamten Berufsleben anerkennen, weil z. B. die Unterstützung junger Lehrerinnen und Lehrer in Stresssituation deren späteres Berufsleben entscheidend prägt;
- sich dafür einsetzen, dass die Prävention psychosozialer Risiken in die Lehrerausbildung und die fortlaufende berufliche Weiterbildung von Schulleitungen und Pädagoginnen und Pädagogen integriert wird;
- eine Plattform für den Austausch bewährter Verfahren und den gemeinsam von den Sozialpartnern des Bildungssektors auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene entwickelten politischen Leitlinien schaffen;
- die Kooperation und Zusammenarbeit der Sozialpartner im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements in Schulen stärken;

- weiterhin für die Umsetzung des Strategischen Rahmens für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz im nationalen Gesundheitssektor werben und diesen in länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigen;
- die Umsetzung dieser Leitlinien überwachen und begleiten.

Auf nationaler/regionaler Ebene sollten die Sozialpartner im Bildungswesen

- im Rahmen einer umfassenden Strategie, mit der Menschen für den Lehrerberuf gewonnen werden können, klare Leitlinien zu Lehrplänen, Lehrerausbildung und Arbeitsschutz (einschließlich der Prävention psychosozialer Risiken) entwickeln, die dazu beitragen, die Attraktivität des Lehrerberufs zu stärken und den Status von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bildungswesen (einschließlich Schulleitungen und Lehrkräften) zu verbessern;
- vor weiteren Veränderungen zunächst die Auswirkungen früherer Bildungsreformen analysieren;
- die Prävention psychosozialer Risiken und mögliche Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in die Lehrerausbildung und die fortlaufende berufliche Weiterbildung integrieren und so das Bewusstsein für diese Themen bei Schulleitung und Bildungspersonal zu schärfen;
- gegen die Stigmatisierung von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress ankämpfen und Zweifelnde davon überzeugen, dass diese Probleme nicht beim Einzelnen entstehen, sondern mit dem Arbeitsumfeld und der Organisation der Arbeit zusammenhängen;
- regelmäßige Risikobewertungen anregen und durchführen, die von nationalen Rechtsvorschriften zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gefordert werden. Dabei sollten insbesondere die realen Bedürfnisse der Mitarbeiter/innen und die bestehenden Risiken untersucht und angemessene Maßnahmen ergriffen werden, die nicht nur auf dem Papier stehen, z. B. die Mitarbeiter/innen an der Entwicklung von Strategien zu beteiligen, die arbeitsbedingten Stress reduzieren;
- Studien und Daten über Gesundheit und Wohlbefinden der Arbeitnehmer im Bildungswesen bereitstellen. Dadurch könnten beispielsweise die Rendite von Investitionen in den Arbeitsschutz berechnet werden;
- bei der Umsetzung von Reformen, Maßnahmen und Initiativen, die den Bildungssektor betreffen, den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Nutzen dieser Maßnahmen berücksichtigen;
- für Kontrollen der Arbeitsaufsicht werben, die auch die Prävention psychosozialer Risiken berücksichtigen und Bildungsinstitutionen dabei unterstützen und dazu ermutigen, angemessene Maßnahmen zur Minderung von arbeitsbedingtem Stress zu ergreifen und ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das psychosoziale Risiken minimiert;
- die durchgeführten Maßnahmen regelmäßig überprüfen, um zu gewährleisten, dass diese angemessen sind und psychosoziale Risiken auch tatsächlich mindern;
- die Entwicklung nationaler Leitlinien zu konkreten Maßnahmen und Schritte anregen, mit denen psychosoziale Risiken, wie arbeitsbedingter Stress in Bildungsinstitutionen, vermieden und beseitigt werden können;

- sicherstellen, dass nationale Ausschüsse für Arbeitsschutz in ihrer Arbeit psychosoziale Risiken berücksichtigen und sich aktiv für die Vermeidung von arbeitsbedingtem Stress einsetzen;
- sich auf den Prozess der Schaffung gesunder und sicherer Arbeitsplätze konzentrieren und vernünftige Schritte anregen, die durch gemeinsame Aktionen der Sozialpartner erreicht werden können und von allen beteiligten Akteuren begrüßt werden;
- eine positive Arbeitskultur fördern, bei der die Erwartungen an das Bildungssystem und die Bildungsinstitutionen nicht unangemessen hoch sind und die Rolle von Pädagoginnen und Pädagogen realistisch eingeschätzt wird;
- Initiativen auf nationaler Ebene anregen, mit denen die berufliche Entwicklung (einschließlich von Lehrerausbildung und fortlaufender beruflicher Weiterbildung) von Lehrkräften und Schulleitungen und sonstigem Schulpersonal gefördert wird. Dabei sollte neben anderen Themen des Arbeitsschutzes und relevanten Themen, wie Inklusion, sonderpädagogischer Förderbedarf usw., insbesondere auch die Prävention psychosozialer Risiken bei der Aus- und Weiterbildung eine Rolle spielen;
- gemeinsam mit allen Akteuren im Bildungswesen eine Mentoring-Strategie entwickeln und diese Strategie regelmäßig überprüfen;
- den Aufbau von Systemen anregen, die Arbeitskräfte im Bildungswesen nach einer längeren Krankenschreibung bei der Rückkehr in die Arbeitswelt unterstützen;
- Zeit und Anreize für die Personalbetreuung bereitstellen und fachübergreifende Beratungsteams bilden, die in die nationalen bzw. regionalen Gesundheitsprogramme integriert sind;
- geeignete europäische, nationale und regionale Fördermittel suchen und beantragen, mit denen die Arbeit in diesem Bereich in den einzelnen Bildungsinstitutionen nachhaltig gefördert werden kann.

Auf lokaler (Schul-)Ebene sollten die Sozialpartner im Bildungswesen

- die gesetzlich vorgeschriebenen Risikobewertungen regelmäßig für jeden Arbeitsplatz mit potenziellen psychosozialen Risiken durchführen und gewährleisten, dass die Ergebnisse der Bewertung kommuniziert und angemessene Maßnahmen zur Beseitigung oder zumindest der Minderung der Risiken entwickelt werden;
- eine auf Offenheit und Teamgeist basierende Kultur im Lehrerkollegium schaffen (z. B. durch Teamunterricht, kooperatives Lernen und/oder Hospitationen), die es ermöglicht, arbeitsbedingten Stress und psychosoziale Risiken frühzeitig zu erkennen und auf eingeschränktes Wohlbefinden angemessen zu reagieren;
- im Umgang der Lehrkräfte untereinander und im Verhältnis zur Schulleitung auf Vertrauen und Fairness setzen, damit Kritik möglich ist und die Prävention psychosozialer Risiken als gemeinsame Aufgabe wahrgenommen wird. Dies ermöglicht es, dass über Gesundheit und Wohlbefinden der Mitarbeiter/innen sowohl in formellem Rahmen (z. B. offizielle Verfahren zur Gesundheitserfassung oder Mitarbeitergespräche) als auch in informellen Situationen (z. B. Gespräch zwischen Kollegen) gesprochen wird;
- unterschiedliche Signale entwickeln, mit denen dem pädagogischen Personal, kollektiv und individuell, Wertschätzung gezeigt werden kann;

- den Lehrkräften die Möglichkeit bieten, ihre professionellen Erfahrungen und Ansichten in einer entspannten Atmosphäre auszutauschen, z. B. in eigens dafür vorgesehenen Zeiten und/oder Räumlichkeiten;
- für und mit der gesamten Schulgemeinschaft (Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern) einen Verhaltenskodex entwickeln, der allen Akteuren klare Aufgaben und Rollen zuweist und auf gegenseitigem Respekt aufgebaut ist;
- einen pädagogischen Leitfaden für die Prävention psychosozialer Risiken entwickeln, der auch verwandte Themen, wie sonderpädagogischen Förderbedarf und die Lehrerausbildung beinhaltet;
- bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Stress auch den Zustand des Gebäudes und die Situation der Gemeinschaft berücksichtigen, für die die Schule da ist. Die Eigenkräfte der Schule zur aktiven Veränderung stärken, z. B. durch den Austausch von bewährten Verfahren zur Durchführung von Risikobewertungen und zur Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress mit den Leitern benachbarter Schulen.
- berücksichtigen, dass effiziente Maßnahmen häufig sowohl materielle Ressourcen, z. B. Aufenthalts- und Ruheräume, als auch personelle Ressourcen benötigen, z. B. zur Unterstützung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder für Mentoren-Programme, mit denen Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger begleitet werden, damit sie den Lehrerberuf lange ausüben können und wollen;
- eng mit Vertreterinnen und Vertretern von Bildungsgewerkschaften bzw. Arbeitsaufsichtsbehörden zusammenarbeiten und sie durch Information und Beratung bei ihrer Arbeit unterstützen.

4 Abkürzungen

AFIEE	Association of Finnish Independent Education Employers (Finland)
EFEE	Europäischer Arbeitgeberverband im Bildungssektor
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
ESSDE	Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen
EGBW	Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft
EU	Europäische Union
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz
F.E.CC.OO	Federación de Enseñanza Comisiones Obreras (Spanien)
FFAW	Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (Deutschland)
FSLE	Fédération des Syndicats Libres de L'Enseignement (Rumänien)
ISTAS	Gewerkschaftsinstitut für Arbeit, Umwelt und Gesundheit (Spanien)
NUT	National Union of Teachers (Vereinigtes Königreich)
SEGEC	Secrétariat Général de l'Enseignement Catholique (Belgien)
VBE	Verband Bildung und Erziehung (Deutschland)

5 Publikationen und Berichte

Fallstudien:

[Bericht zur Fallstudie in Belgien](#)

[Bericht zur Fallstudie in Finnland](#)

[Bericht zur Fallstudie in Deutschland](#)

[Bericht zur Fallstudie in Rumänien](#)

Schulungsseminare:

[Erstes Schulungsseminar in Madrid](#)

[Zweites Schulungsseminar in London](#)

Forschungsbericht:

[Ergebnisse von Online-Befragung und Fallstudien](#)





Sozialpartner zur Förderung angemessener Arbeitsplätze im Bildungssektor für
ein gesünderes Berufsleben





Sozialpartner zur Förderung angemessener Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Berufsleben





Sozialpartner zur Förderung angemessener Arbeitsplätze im Bildungssektor für
ein gesünderes Berufsleben





**European Trade Union Committee for Education
Comité syndical européen de l'éducation**

Bd du Roi Albert II, 5 – 9th Floor
B-1210 Bruxelles, Belgique

T + 32 2 224 06 91/2
F + 32 2 224 06 94

*secretariat@csee-etu.org
www.csee-etu.org*